

Johannes Gutenberg Universität Mainz

Betreuende Hochschullehrerin: Prof. Dr. Isabel Schnabel

Studentische Teammitglieder: Elisabeth Falck, Isabell Scheringer, Johannes Tischer, Cornelius Veith, Gerold Willershausen

Der Teufelskreis von Banken- und Schuldenkrisen und die Stabilität des Euro - Eine ökonometrische Analyse der europäischen Krisen 2007–2010

Im Jahr 2010 wurde die europäische Gemeinschaftswährung ihrer ersten Bewährungsprobe ausgesetzt, als ihre Stabilität im Zuge der globalen Finanzkrise und der Schuldenkrisen einiger Euroländer erstmalig ernsthaft in Frage gestellt wurde. Mit Hilfe eines Rettungsschirmes über 750 Milliarden Euro konnte der Euro zunächst stabilisiert werden. Um die Stabilität des Euro nachhaltig zu sichern und zukünftige Krisen zu vermeiden, müssen die Ursachen der Krise verstanden und gezielte Maßnahmen entwickelt werden.

Die Krise lässt sich in drei Phasen unterteilen: die Bankenkrisen, die Schuldenkrisen einiger Mitgliedsstaaten und schließlich die Krise der Gemeinschaftswährung. In dieser Arbeit stellen wir die Hypothese auf, dass die Schwere der aktuellen Krise darauf zurückzuführen ist, dass Banken- und Schuldenkrisen sich gegenseitig verstärkten und so zu einem Teufelskreis führten, der schließlich auch den Euro bedrohte.

Den Kern der Arbeit bildet eine ökonometrische Analyse auf Basis von Credit Default Swaps von Banken und Staaten im Euroraum, in der gezeigt wird, dass die Kausalität zwischen Banken- und Schuldenkrisen in beide Richtungen verlief. Zum einen führten die staatlichen Rettungspakete im Bankensystem zu einer Risikoübertragung von den Banken zu den Staaten, wodurch das Länderrisiko anstieg. Überdies erhöhten die durch die Finanzkrise ausgelösten Rezessionen über steigende Staatsausgaben und fallende Steuereinnahmen die Ausfallrisiken der Staaten. Das höhere Länderrisiko fiel jedoch auf die Banken zurück, weil diese europäische Staatsanleihen in ihren Portfolios hielten. Somit bestand eine verhängnisvolle Wechselwirkung zwischen dem Ausfallrisiko von Banken und Staaten im Euroraum.

Aus unseren Schätzungen leiten wir Implikationen ab, wie der Teufelskreis durchbrochen werden kann und wie die private Geldanlage an die veränderte Situation anzupassen ist. Erstens plädieren wir für stabilitätsfördernde Reformen des Finanzsystems, um die Notwendigkeit staatlicher Unterstützung zu verringern und prozyklische Effekte einzudämmen. Zweitens plädieren wir für strukturelle Reformen auf staatlicher Ebene, um die ausufernde Staatsverschuldung zu reduzieren und Rückkopplungen auf das Finanzsystem zu verhindern. Drittens empfehlen wir privaten Geldanlegern eine breite Diversifikation, eine Schärfung des Bewusstseins für Banken- und Länderrisiken sowie eine stärkere Berücksichtigung des Inflationsaspektes bei der Anlageentscheidung.